

TRUDEAU IN PEKING : KANADA ZÖGERT VOR "ANTIHEGEMONENKURS"

Am 10.10.1973 traf Kanadas Premierminister Pierre Eliot Trudeau mit der größten Delegation, die jemals einen kanadischen Regierungschef ins Ausland begleitete, in Peking ein. Sie bestand allein aus 25 offiziellen Begleitern und über 60 Presseleuten. Ein chinesisches Angebot, die Besuchszeremonie durch eine Live-Übertragung im kanadischen Fernsehen zu verbreiten, wurde allerdings vor allem wegen der Zeitverschiebung nicht angenommen.

Die Größe der Delegation und die außergewöhnliche Aufmerksamkeit, die Trudeaus siebentägige China-Reise nicht nur in Kanada selbst erfuhr, weisen schon äußerlich auf die Bedeutung hin, die Kanada der Volksrepublik China in Zukunft zumißt. In diesem Zusammenhang ist der Besuch nicht nur als ein einmaliger, spektakulärer Akt der Außenpolitik zu bewerten, sondern ebenso im Rahmen einer längerfristigen, "pazifischen" Neuorientierung Kanadas zu verstehen. Diese Tatsache wird sich noch aus einem Rückblick in die Entwicklung der letzten Jahre ergeben.

Der Besuch selbst stand insofern unter günstigen Vorzeichen, als nur eine Woche zuvor ein dreijähriger Liefervertrag über kanadischen Weizen an die Volksrepublik China abgeschlossen worden war. Der Vertrag, der die neue Rekordhöhe von 1 Mrd. Dollar erzielte, zeigt jedoch zugleich auch die Schwächen der kanadisch-chinesischen Handelsbeziehungen auf. Nach wie vor macht der Weizen annähernd 90 % der kanadischen China-Exporte aus, während die industrielle Exportsituation weiterhin stagnierte. Trudeaus Hauptaugenmerk in Peking muß deshalb vor allem auf einer diversifizierten Ausgestaltung der zukünftigen Wirtschaftskontakte gelegen haben (CSM, 11.10.73). Eine Abwägung der konkreten Ergebnisse nach dem Besuch weist diesbezüglich nur auf Teilerfolge hin. China und Kanada einigten sich zwar darauf, ein Handelsabkommen zu unterzeichnen und einen gemeinsamen Handelsaustausch zur Förderung des bilateralen Handels zu errichten (New York Times, 14.10.73), und man verständigte sich auch über einen zukünftigen Austausch in Verkehrs-, Land- und Forstwirtschaftsfragen sowie über technologische Delegationsbesuche, aber spruchfeste Vereinbarungen konkreter Art wurden nicht erwähnt. Dies war wohl auch nicht zu erwarten und wird auch in Zukunft so lange größere Schwierigkeiten bereiten, als die VR China auf ihrer "Eigenständigkeit" beharrt, d. h. Importe nur durch allerhöchstens kurzfristige Kredite, die sog. Deferred Payments, finanziert. Zwei weitere angekündigte Vereinbarungen hatten mehr Ornamentalcharakter. So erklärte sich die Volksrepublik bereit, in Vancouver einen konsularischen Dienst aufzunehmen, da dort die sino-kanadische Gemeinde besonders stark repräsentiert ist. Als Ausgleich hierfür will sie Bemühungen

kanadischer Offizieller in China um die Zusammenführung chinesischer Familien unterstützen. Ferner soll ein gegenseitiges Luftverkehrsabkommen über Flüge zwischen Vancouver und Shanghai sowie Peking in Kürze abschlußreif gestaltet werden. Probleme ergeben sich hier vor allem in der Frage der Überflugsrechte über Japan, das selbst bisher erfolglose Luftverkehrsverhandlungen mit der VR China führte (vgl. Ü18).

Wenngleich auch alle diese verhältnismäßig vagen Gesten der "Freundschaft und Zusammenführung" aufgrund des kanadischen Handelsinteresses in der westlichen Berichterstattung große Beachtung fanden, so spiegeln sie doch höchstens chinesische "Vorleistungen" wider, nicht jedoch das eigentliche chinesische Anliegen. Dieses ist vielmehr auf dem Gebiet der Außenpolitik zu suchen und wird, wie schon der französische Pompidou-Besuch bewiesen hat, durch "Antihegemonen"-Politik und insbesondere durch den Antisowjetismus der Volksrepublik bestimmt. Darauf deuten auch die ausgedehnten, mehrtägigen Gespräche zwischen Trudeau und Chou En-lai hin, dessen Desinteresse an "untergeordneten Handelsdingen" in der Zwischenzeit nur zu bekannt ist. Solcherart Verhandlungen überläßt die Volksrepublik weitgehend Fachleuten. Kanada ist für China nicht nur als ein "pazifisches" Land von möglicher Wichtigkeit, sondern zur Zeit mehr noch als ein NATO-Mitglied. Schon ein Artikel der JMJP vor Ankunft Trudeaus am 10.10.73 zeigte das chinesische Interesse an der Position Kanadas auf, als der äußerlich stereotype Satz zitiert wurde: "Immer mehr kleinere und mittlere Länder schließen sich dem Kampf zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität an, während sich gegen den Hegemonismus der Supermächte Die kanadische Regierung hat in den letzten Jahren unter der Führung von Premierminister Trudeau viele Erfolge bei der Sicherung der nationalen Souveränität und in der Verfolgung einer unabhängigen Außenpolitik erzielt".

Auf einem Festbankett, das Chou En-lai am 11.10. zu Ehren Trudeaus gab, meinte der chinesische Ministerpräsident: "Gegenwärtig sind die Völker über die Richtung, in welcher sich die Weltlage entwickelt, besorgt Wir erachten es für völlig verständlich, daß die Völker aller Länder aus ihrer Friedensliebe heraus die Hoffnung hegen, die internationale Lage werde sich auf den Frieden zubewegen. Aber der gute Wille ist eines, die Wirklichkeit etwas anderes. Die Supermächte, die um die Welthegeemonie in einem Wettkampf liegen, schmieden Ränke gegeneinander, unterwühlen die Eckpfeiler der Struktur des anderen und verletzen willkürlich die Unabhängigkeit und Souveränität anderer Länder..... Sie erpressen, wo sie nur einen Gewinn wittern, und greifen überall zu, wo sie Anzeichen der Schwäche sehen. Es ist ihre Rivalität, die die Welt der Ruhe beraubt hat. Was wachsam zu sein zwingt, ist der

Umstand, daß die Supermächte unter Ausnutzung der guten Wünsche der Völker der verschiedenen Länder nach Minderung der Spannungen energisch die Illusion einer 'Entspannung' aufbauen, um die Völker der Welt einzulullen und ihr tatsächliches Wesen von Aggressoren und Expansionisten zu tarnen. Infolgedessen müssen die Völker aller Länder ihre Wachsamkeit steigern, sich eng zusammenschließen und gegen die von den Supermächten praktizierte Hegemonie-Doktrin kämpfen" (Hsinhua, 11.10.73).

Diese Worte der Warnung bezogen sich vor allem auf Kanadas Rolle als NATO-Staat und seine Haltung zur Politik der Detente in Europa. Obgleich beide Parteien offiziell bekannten, daß sie in dieser Frage ebenso wie hinsichtlich des Nahost-Problems keine endgültige Einigung erzielen konnten, zeigte China doch ein teilweises "Verständnis" für die kanadische Position. Die kanadische Politik hätte "eine gewisse Logik", da das Land zwischen den Supermächten USA und UdSSR eingepreßt sei (New York Times, 14.10.73). Es ist jedoch sehr wohl möglich, daß Chou seinem Gast während der Gespräche dennoch klargemacht hat, daß die chinesische Außenpolitik sich langfristig "reorientieren" könnte, falls der Westen durch eine ihm genehme Entspannung die sowjetische Aggression auf China abzulenken gedächte. Nicht von ungefähr dürfte ein solcher Hinweis bereits in Chous Rede vor dem 10. Parteitag der KPCh zu finden gewesen sein.

Einen politisch vielleicht nicht so relevanten, sondern eher persönlichen Höhepunkt fand Trudeaus Besuch in der Begegnung mit Mao Tse-tung. Bei diesem zweistündigen Gespräch, das am 3. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern stattfand, war auch der neue Adlatus des chinesischen Parteichefs, Wang Hung-wen, anwesend - seit dem 10. Parteitag die offizielle Nr. 3 der KPCh. Nach Trudeaus eigenen Worten brachte das Gespräch, das sich hauptsächlich um die Nahost-Frage drehte, keine Einigung der beiderseitigen Standpunkte. Dennoch dürfte die Volksrepublik - zumindest in nächster Zeit - auch weiterhin auf die kanadische Karte setzen; denn schon ein kurzer Blick auf die Entwicklung des kanadisch-chinesischen Verhältnisses während der letzten Jahre zeigt eine gewisse Vereinbarkeit der außenpolitischen Interessen beider Länder deutlich auf.

In vieler Hinsicht beendete die diplomatische Anerkennung der Volksrepublik durch Kanada am 13. Oktober 1970 die kanadische Politik der Nichtpolitik gegenüber China. Vor allem in zweierlei Hinsicht war dieser Akt von symptomatischer Bedeutung. Einerseits zeigte er indirekt an, daß Kanada sich selbst in Zukunft nicht mehr als eine rein "atlantische" Macht verstehen wollte, sondern ebenfalls nach einer pazifischen Eigenständigkeit suchte. Zum anderen verdeutlichte er die Entschlossenheit der Regierung Trudeau, eine kanadische Außenpolitik zu betreiben, die nicht länger ein bloßes US-Imitat darstellte. Wie empfindlich die Vereinigten Staaten gegenüber solchen "Mündigkeitsbestrebungen" Kanadas reagieren konnten, hatten schon die Washingtoner Nadelstiche im Zusammenhang mit den kanadischen Weizenexporten in die Volksrepublik während der sechziger Jahre

bewiesen. So hatte die US-Administration allen US-Firmen in Kanada mit dem "Feindhandelgesetz" gedroht, falls sie sich am China-Handel beteiligten. Ferner hatte Präsident Kennedy nach späteren Aussagen des damaligen kanadischen Ministerpräsidenten Diefenbaker gewisse "Vergeltungsmaßnahmen" angedeutet, falls Kanada Transportraum für den Weizenhandel verwenden sollte, der von kanadischen US-Firmen hergestellt worden war (The Albertan, 5.5.1971). So war die neue China-Politik Trudeaus, der bereits 1960 als Privatmann die Volksrepublik besucht hatte, nicht ohne "Verstimmungsrisiken" gegenüber den USA. Dennoch wurden die ersten Gespräche mit offiziellen chinesischen Vertretern im Februar 1969 in Stockholm eingeleitet, und auch starke Proteste Washingtons und der Nationalistischen Regierung in Taipei konnten ihren Fortgang nicht aufhalten. Auch die interne kanadische Opposition meldete sich zu Wort, mit dem Vorwurf, daß die Anerkennung Chinas einer Gutheißung des Kommunismus gleichkäme (Canada, House of Commons Debates, 4.11.1969).

Während der folgenden Monate schienen die Verhandlungen vorübergehend einzuschlafen, wengleich auch nicht wegen der internen Opposition. Vielmehr erwies sich die "Taiwan-Frage" als das entscheidende Hindernis. Peking verlangte die Anerkennung seiner alleinigen Hoheit gegenüber Taiwan, während Ottawa diese Klippe noch durch eine "Zwei-China-Politik" zu umschiffen hoffte. Beide Parteien einigten sich schließlich auf eine Formel, wonach Kanada den Anspruch der Volksrepublik auf Taiwan "zur Kenntnis nahm". Nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Oktober 1970 machte Kanada dann seine Zusagen gegenüber der Volksrepublik konsequent wahr und setzte sich für die Aufnahme Pekings in die UN ein.

Daß die chinesisch-kanadische Annäherung im Zusammenhang mit einer umspannenden pazifischen Politik Kanadas zu sehen war, bewies auch Trudeaus ausgedehnte Asien-Reise im gleichen Jahr. Kanada, das eine von den USA unabhängige Rolle zu spielen gedachte, akzeptierte China als eine neue Macht im Pazifik, der aufgehört hatte, ein "US-Binnensee" zu sein. Ein weiteres Motiv mag auch in den bereits angesprochenen kanadischen Außenhandelsinteressen zu finden sein, deren Umfang sich 1970 auf bloße 161 Mio Kanadische Dollars beliefen. Hierfür war Kanada offensichtlich bereit, mögliche Folgen des Antikurses zur US-Containment-Politik in Asien auf sich zu nehmen. Peking, das die neue Entwicklung nur begrüßen konnte, bedankte sich durch ein Weizenlieferungsabkommen über 200 Mio Kanadische Dollars. Den Nachteil hatte Australien, das damals noch im Kielwasser der US-Asienpolitik schwamm. Möglicherweise erkannte man zu diesem Zeitpunkt auch in Canberra, daß China nicht länger bereit war, die "Trennung von Politik und Handel" hinzunehmen. Ein Faktum, das vor allem die jetzige Labour-Regierung zu berücksichtigen scheint. An dieser Grundsituation hat sich auch bis heute nichts Wesentliches geändert. "Freundschaft und Zusammenarbeit" mit der VR China scheinen so lange möglich, als Peking weiterhin seinem "Antihegemoniekonzept" anhängt und als die Außenpolitik der "kleineren und mittleren Länder" im Pazifik mit den Zielen dieses Konzeptes nicht unvereinbar ist. Machtetzi